

Schieflage

Geraten wir in ein neues ökonomistisches Denken?

Ist Wirtschaft alles? Folgt man der zur Zeit vorherrschenden politischen Rhetorik, so möchte man's glauben. Und man sollte sich darüber auch nicht wundern.

Die Unternehmenswirtschaft ist weltweit im Umbruch. Globalisierung und verschärfter Standortwettbewerb heißen die Stichworte. Es weht weltweit ein scharfer Wind des Wettbewerbs. Die klassischen Industrieländer müssen sich mit immer potenteren neuen Konkurrenten auseinandersetzen. Ostasien, der pazifische Raum lehrt Europa das Fürchten. Zunächst war es Japan, dann waren es die diversen „Tiger“, die ost- und südostasiatischen Schwellenländer, und jetzt immer mehr auch China und Indien als aufsteigende Wachstumsregionen.

Dagegen in Deutschland und, wenn auch variantenreich, im westlichen Europa insgesamt: stagnierendes Wachstum, um sich greifende Arbeitslosigkeit; die Löcher, die ein schwacher Dollar und die Leichtwährungen in seinem Geleit in das deutsche Exportgeschäft reißen. Und das alles trifft zusammen mit den Überforderungslasten aus Zeiten der nicht unbegrenzten, aber doch als selbstverständlich angesehenen Wohlstandszuwächse, jetzt verschärft durch die Aufbauverpflichtungen in den neuen Bundesländern und durch die Verhaltensmuster einer Gesellschaft, die inmitten ihrer wohlherworbenen und wohlorganisierten Besitzstände ziemlich unbeweglich geworden ist.

Da erscheint es nur als recht und billig, die Bevölkerung aufzurütteln, die nur unwillig und schrittweise das ganze Ausmaß des Umbruchs mit den Auswirkungen auf die Arbeitsplätze, auf die Leistungskraft der öffentlichen

Hände, auf die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme und auf das persönliche Portemonnaie zur Kenntnis nimmt. Es geht um die langfristige Zukunftssicherung der wirtschaftlichen Leistungskraft der europäischen Volkswirtschaften und des Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten. Kein Wunder also, daß die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten zur Schicksalsfrage schlechthin erklärt werden.

Aber man kann des an sich Notwendigen auch zu viel tun. Wieder einmal schlittern wir in ein ökonomistisches Denken hinein, das alle anderen Gesichtspunkte angeblichen oder tatsächlichen wirtschaftlichen Erfordernissen einordnet, wenn nicht opfert: Kultur wird vornehmlich als Standortvorteil gehandelt, Bildung und Ausbildung werden verengt auf Nachwuchsbereitstellung für die Wirtschaft. Selbst ein Jahrhundertprojekt wie die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion wird dem Generalverdacht ausgesetzt, des politischen Zieles wegen würden wirtschaftliche Nachteile in Kauf genommen, obwohl gerade die wirtschaftlichen Vorteile auf der Hand liegen: im Ergebnis, weil Wechselkursrisiken und Umtauschkosten beseitigt werden; auf dem Weg zum Ergebnis: weil die Maastrichter Kriterien jetzt schon als Stabilitätsprogramm wirken, so lange das Datum 1.1.1999 nicht grundsätzlich in Frage gestellt ist. Der Streit um die Wirtschafts- und Währungsunion mag freilich ein in den Dimensionen atypischer Sonderfall sein. Auch mag angehen, daß *Kulturpolitik* unter Standortgesichtspunkten betrieben wird. Schließlich sind Leute mit hoher Qualifikation, zumal Spitzenkräfte, leichter zu gewinnen, wenn auch das kulturelle Umfeld stimmt. Aber was wäre das für eine Bildung und Ausbildung, in der Bildungsziele und Bildungsinhalte hauptsächlich am wirtschaftlichen Bedarf sich auszurichten hätten?

Nichts gegen praxisnahe Ausbildung aller, auch der Hauptbeteiligten am Bildungswesen, der Lehrer und Hochschullehrer. Wir können mehr Praxis-

nähe in allen Bereichen gebrauchen. Und selbstverständlich kann die totale Akademisierung kein Bildungsziel sein, sondern muß Bildungspolitik einen vernünftigen Mittelweg finden zwischen Bildungsideal und praktischem Bedarf, wenn das Bildungsideal selbst nicht zur ideologischen Attrappe werden soll.

Aber der Bildungsbürger muß doch wohl etwas mehr und etwas anderes sein als ein funktionierendes Rädchen im Wirtschaftsablauf. Bildung hat doch wohl in erster Linie mit Lebensertüchtigung zu tun. Menschen müssen sich zurechtfinden in den Lebensumständen, in die sie gestellt sind. Je komplizierter diese sind, je vernetzter die Gesellschaft, je dynamischer der Wandel, um so wichtiger ist eine *gute Allgemeinbildung*. Dazu gehört auch ein Stück Zweckfreiheit. Ohne sie reicht es auch zur fachlichen Tüchtigkeit nicht. Gerade in Personalabteilungen und Vorständen von Großunternehmen wird das immer wieder festgestellt.

Das noch größere Problem: Die Politik selbst stand in den letzten 50 Jahren wohl noch nie so sehr im Schatten der Wirtschaft wie gegenwärtig. Dies ist zu einem guten Teil gesamtsystemimmanent. Zum einen entgleitet die Wirtschaft im Zuge der Internationalisierung weitgehend staatlichem Einfluß. Die Kapitalströme machen an keiner nationalen Grenze halt. Zum anderen beurteilt der Bürger Politik in erster Linie nach seinem wirtschaftlichen Wohlergehen. Je mehr die Angst vor Wohlstandsverlust zunimmt, um so mehr konzentriert sich politisch alles auf den wirtschaftlichen Erwartungshorizont und Politik richtet sich danach.

Die politische Optimierung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft wird zum kategorischen Imperativ. Der Verlust an Eigenständigkeit der Politik gegenüber der Wirtschaft ist in diesen eingebaut – zum Schaden des sozialen Gleichgewichts, teilweise auch zum Schaden der Wirtschaft selbst, sofern sich Politik zum Lobbyisten addierter, aber nicht addierbarer wirtschaftlicher Interessen macht.

Fast täglich läßt sich feststellen – Zeitungslektüre genügt –, wieviel leichter es ist, Sozialleistungen zu kürzen, als Subventionen abzubauen, über hohe Steuerlasten zu klagen, anstatt das Steuersystem zu vereinfachen und durch Streichung von Steuerprivilegien die nominalen Steuersätze herabzusetzen, obwohl nicht die Steuerlastquote als solche, sondern die nominalen, das Gesamtbild verzerrenden Steuersätze es sind, die ausländische Investoren von Deutschland abhalten (vgl. dazu das Zitat von Prof. *Wolfgang Franz* im „Spiegel“, 29.1.96).

Auch unternehmenswirtschaftlich werden Teile der Wirklichkeit weitgehend einfach ausgeblendet. Während ganze Belegschaften abgebaut werden müssen, bleibt das Spitzenmanagement politisch weitgehend außer Kritik. Nur der Bundeskanzler wagt wenigstens hin und wieder ein offenes Wort. Es ist an der Zeit, auch da genauer hinzusehen. Und die Kirchen tun gut daran, bei der weiteren Abfassung ihres „Wortes“ zur wirtschaftlichen und sozialen Lage (vgl. ds. Heft, S. 123), dies gebührend zu bedenken. se

Bündnis

Wer will noch die Klage über die Krise der Schule hören?

„Auch heute sind unsere Schulen nicht ein Lebens- und Erfahrungsraum, nicht a place for kids to grow up in, nicht die polis, an deren Idealen, Aufgaben und Problemen die jungen Menschen leben lernen und sich bewähren, sondern Bewahranstalt oder Treibhaus oder Schonraum oder cooling-out-institution oder Sortieranstalt oder Startmaschine oder Nachwuchsproduzent oder Sozialstation oder alles auf einmal. Und sie sind dies heute unter härteren Bedingungen und mit geringerm ‚Erfolg‘ als einst.“ Zu diesem Ergebnis kommt Altmeister *Hartmut von Hentig* in seinem 1993 erschienenen Plädoyer „Die Schule neu denken“,

wo er Erfahrungen und Gedanken, die ihn bereits vor zwanzig Jahren zum Thema Schule umtrieben, mit der heutigen Situation vergleicht.

Der Befund mag zur Resignation verleiten. Wer will eigentlich noch von der Krise der Schule hören, die ewig gleiche Leier von unkonzentrierten, gleichgültigen oder gar gewalttätigen Schülern, die der Schule entkommen mit fehlender Allgemeinbildung, lückenhafter Orthographie und mangelnden Mathematikkenntnissen? Kaum noch Neuigkeitswert haben Berichte über gestreßte, „burnout“-bedrohte Lehrer, die mit 45 Jahren arbeitsunfähig geschrieben werden. Sattsam bekannt ist doch, daß die Schulen an den viel zu hohen Erwartungen, die von Voruniversität über Familienersatz bis zur politischen Akademie reichen, scheitern, ja nur scheitern können. Die Diagnose ist schon so oft gestellt und die Therapievorschlage sind Legion.

Diese hohen Erwartungen aber sind es, die doch immer wieder aufhorchen lassen, wird abermals von irgendeiner Seite ein Ausweg oder nur ein schmaler Pfad aus der Misere geboten. Das Thema Schule ist einfach zu wichtig. Wie pathetisch es auch klingen mag: für ihren Beitrag zur Zukunft unserer Gesellschaft gibt es keinen Ersatz.

So lag es also wohl auch nicht an der besonderen Originalität der Vorschläge und Gedanken, daß ein *Spiegel*-Interview mit dem hessischen Kultusminister *Hartmut Holzapfel* (5/96) auf einige Resonanz stieß, auch einigen Staub aufwirbelte. Auch Holzapfel hatte „nur“ versucht, Schule neu zu denken. Er kratzte dabei an Tabus und trat dem ein oder anderen Akteur des Schulgeschehens vorsichtig auf die Füße: Als weltfremd und dem menschlichen Fassungs- und Konzentrationsvermögen unangemessen geißelte er das enge Korsett des Fachwechsels im 45-Minuten-Rhythmus.

Die Schulen bräuchten einen neuen Zeitrhythmus mit Unterricht, selbstständigem Arbeiten und Entspannungsphasen. Der Stundenplan müsse entzerrt, nicht der ganze Unterricht

am Vormittag zusammengedrängt werden. Mit Hinweis auf die europäischen Nachbarn empfahl Holzapfel daher eine tägliche Schulzeit von neun bis fünfzehn Uhr inklusive Mittagstisch. Die Einführung eines Tutorensystems solle das selbständige Arbeiten der Kinder fördern.

Damit den Schülern nicht mehr länger ein anonymes Kollegium von 80 oder mehr Personen gegenübersteht, schlug Holzapfel Lehrerteams vor, die einen Schülerjahrgang über mehrere Jahre begleiten sollen. Lehrer ohne den gegenwärtig häufig zu beobachtenden „Fluchtreflex“ sollten feste Bezugspersonen sein, mit offenen Ohren für Fachfragen ebenso wie für die großen und kleinen Schülersorgen. Holzapfel vermutet die Lehrer letztlich auf seiner Seite, die meisten von ihnen wüßten, daß die Entwicklung hin zu mehr Erziehungsarbeit in der Schule unvermeidlich sei.

„Wenn sich die Schule nicht mehr um soziale Probleme kümmert, wird der traditionelle Fachlehrer seine Arbeit bald nicht mehr erledigen können, weil er täglich einen kleinen Partisanenkrieg gegen eine widerspenstige Klasse führen muß.“ Das Neudenken von Schule bezieht aber auch die *Eltern* ein: Väter und Mütter sollten nicht nur am Elternabend Kontakt zur Schule haben: „Ich kann mir vorstellen, daß ein Handwerksmeister im Werkunterricht hilft, ein Drucker die Herstellung der Schülerzeitung unterstützt oder eine Mutter mit den Schülern kocht.“

In der im Herbst des vergangenen Jahres veröffentlichten Denkschrift „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“ – der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau hatte 22 Erziehungswissenschaftler, Banker und Unternehmer gebeten, Leitgedanken für die künftige Schul- und Bildungspolitik zu entwickeln und damit einen offenen gesellschaftlichen Dialog anzuregen – werden zwei Hauptgründe für die Krise des Schulsystems genannt: Die ideologischen Grabenkämpfe um die Schulstruktur (Stichwort Gesamtschule) hätten von einer zeitgemäßen Neudefinition von Inhal-